

ARGUMENTATIONSHILFE

Abgeltungssteuer

DIE LINKE.

THEMA

ABGELTUNGSTEUER

Die Abgeltungsteuer belegt private Kapitaleinkommen wie Zinsen und Dividenden mit einem pauschalen Steuersatz von 25 Prozent. Diese Billigsteuer ist weniger als die Hälfte von dem, was unter Helmut Kohl gezahlt wurde. Löhne und Gehälter hingegen werden der progressiv ansteigenden Einkommensteuer unterworfen. Im Vergleich zum Spitzensteuersatz von derzeit 42 Prozent werden hohe Kapitalerträge damit deutlich privilegiert.

Die Einführung der Abgeltungsteuer im Jahr 2009 wurde vom damaligen Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) mit dem Spruch »Lieber 25 Prozent von x als 45 Prozent von nix!« begründet. Er behauptete, die Abgeltungsteuer würde langfristig zu mehr Einnahmen aus der Besteuerung privater Kapitalerträge führen, da sie die Steuerflucht verringere. Das Gegenteil ist der Fall: Tatsächlich liegt das Aufkommen aus der Abgeltungsteuer seit 2009 in jedem Jahr unter dem Niveau von 2008.

Wir wollen die pauschale Abgeltungsteuer abschaffen (in der Fachsprache: Einschränkungen der Verrechnung von Verlusten aus Kapitalvermögen sowie den Sparerpauschbetrag allerdings beibehalten). Kapitalerträge sollen wieder wie Löhne und Gehälter der regulären Einkommensteuer unterliegen: Hohe Erträge würden prozentual höher besteuert als niedrige (= Progression).

Was sagen die anderen?

Obwohl die Abschaffung der Abgeltungsteuer im Koalitionsvertrag nach der Bundestagswahl 2017 zwischen **Union** und **SPD** vereinbart wurde, ist sie nicht erfolgt. Konsequenterweise äußert sich die **SPD** in Ihrem Wahlprogramm zu diesem Thema lieber nicht. Ebenso wenig wie die **CDU**, für die das Thema sowieso kein Herzensanliegen war. **Die Grünen** wollen die Abschaffung. **FDP** natürlich die Beibehaltung. Die **AfD** sagt dazu nichts.

LINKE Gegenargumente

Die Abgeltungsteuer hat die Steuerflucht nicht verringert: Banken führen die Abgeltungssteuer anonymisiert ab, effektive Kontrollen fehlen. Vordem ist es ungerecht, Kapitalerträge gegenüber Lohneinkommen zu privilegieren. Wer ohnehin viel hat, dem wird gegeben. Das ist Politik für die Wohlhabenden.

Als LINKE sagen wir: Wer viel hat, sollte mehr beitragen. Das ist gerechte Steuerpolitik.